Verordnung über den Vollzug des bürgerlichen Bodenrechts

(vom 8. Dezember 1993)¹

Der Regierungsrat,

gestützt auf Art. 90 des Bundesgesetzes über das bürgerliche Bodenrecht vom 4. Oktober 1991 (BGBB)²,

beschliesst:

§ 1. ¹ Die Baudirektion⁵ vollzieht die Gesetzgebung über das bürgerliche Bodenrecht, soweit durch Gesetz oder Verordnung nichts anderes bestimmt ist.

² Das Amt für Landschaft und Natur⁴

- a. erteilt die Ausnahmegewilligungen (Art. 60 BGBB);
- b. erteilt die Bewilligung für den Erwerb eines landwirtschaftlichen Gewerbes und Grundstücks (Art. 61 BGBB);
- c. setzt bei der Zwangsversteigerung eines landwirtschaftlichen Gewerbes oder Grundstücks auf Ersuchen der Steigerungsbehörde den zulässigen Preis fest (Art. 68 BGBB);
- d. stellt die Belastungsgrenze fest (Art. 73 BGBB);
- e. erteilt die Bewilligung für die Überschreitung der Belastungsgrenze (Art. 76 Abs. 2 BGBB);
- f. erlässt die Feststellungsverfügungen (Art. 84 BGBB);
- g. verfügt die Anmerkungen im Grundbuch (Art. 86 BGBB);
- h. schätzt den Ertragswert und genehmigt die Schätzung eines beauftragten Experten (Art. 87 BGBB);
- i. verfügt die Löschung der Anmerkungen im Grundbuch, wenn diese auf Grund einer rechtskräftigen Änderung des Nutzungsplans gegenstandslos werden (Art. 4 Abs. 1 der Verordnung über das bürgerliche Bodenrecht vom 4. Oktober 1993);
- k.⁴ beantragt vereinfachte Zusammenlegungen bei Hofauflösungen (Art. 59 lit. a BGBB).

§ 2. Aufsichtsbehörde im Sinne von Art. 83 BGBB ist die Baudirektion⁵.

§ 3. ¹ In Bewilligungsverfahren teilt der Gesuchsteller dem Amt für Landschaft und Natur⁴ die Anschriften von Pächtern, Kaufs-, Vorkaufs- und Zuweisungsberechtigten mit.

911.2

Verordnung über den Vollzug des bäuerlichen Bodenrechts

² Das Amt für Landschaft und Natur⁴ kann sich bei der gemäss § 83 Abs. 2 BGGB gebotenen Zustellung des Entscheids auf die ihm nach Absatz 1 genannten Personen beschränken.

§ 4. Gegen Verfügungen des Amtes für Landschaft und Natur⁴ kann innert 30 Tagen seit Mitteilung Rekurs beim Regierungsrat erhoben werden.

§ 5. ¹ Das Amt für Landschaft und Natur⁴ stellt Verfügungen über Rechtsgeschäfte, die im Grundbuch einzutragen sind, mit Rechtskraftvermerk dem Grundbuchamt zu, wenn innert Frist kein Rekurs eingegangen ist oder die Berechtigten auf Rekuserhebung verzichtet haben.

² Es informiert das Grundbuchamt über den Eingang von Rekursen und den Entscheid der Rechtsmittelinstanzen.

§ 6. Die Belastungsgrenze ist im Grundbuch anzumerken. Bei landwirtschaftlichen Gewerben wird sie nach Massgabe der ganzen Betriebsfläche berechnet.

§ 7. ¹ Diese Verordnung tritt nach der Genehmigung des Bundes³ am 1. Januar 1994 in Kraft.

² Auf denselben Zeitpunkt werden aufgehoben:

- a. die Verordnung zum Bundesgesetz vom 12. Juni 1951 über die Erhaltung des bäuerlichen Grundbesitzes vom 18. Dezember 1952;
- b. die Verordnung 1 zum Bundesgesetz über die Entschuldung landwirtschaftlicher Heimwesen vom 18. Dezember 1952.

¹ OS 52, 598.

² [SR 211.412.11](#).

³ Genehmigt am 12. Januar 1994.

⁴ Fassung gemäss RRB vom 8. Juli 1998 (OS 54, 645). In Kraft seit 1. August 1998.

⁵ Fassung gemäss RRB vom 19. Juli 2006 ([OS 61.314](#); [ABI 2006.1062](#)). In Kraft seit 15. Mai 2006.